

Mainz 09 05 2025

Umsetzung
der Empfehlungen
aus der zurückliegenden
Evaluation des
Deutschen
Biomasseforschungs-
zentrums gemeinnützige
GmbH (DBFZ), Leipzig

IMPRESSUM

Umsetzung der Empfehlungen aus der zurückliegenden Evaluation des Deutschen Biomasseforschungszentrums gemeinnützige GmbH (DBFZ), Leipzig

Herausgeber

Wissenschaftsrat
Scheidtweilerstraße 4
50933 Köln
www.wissenschaftsrat.de
post@wissenschaftsrat.de

Drucksachennummer: 2516-25

DOI: <https://doi.org/10.57674/d0wx-t314>

Lizenzhinweis: Diese Publikation wird unter der Lizenz Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>.



Veröffentlicht

Köln, Mai 2025

INHALT

Vorbemerkung	5
A. Zusammenfassung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats	6
B. Zusammenfassung des Umsetzungsberichts	10
C. Stellungnahme	15
Abkürzungsverzeichnis	19
Mitwirkende	21

Vorbemerkung

In der im Januar 2022 verabschiedeten Stellungnahme zum Deutschen Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH (DBFZ), Leipzig, wurde das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gebeten, dem Wissenschaftsrat nach Ablauf von drei Jahren über die Umsetzung der Empfehlungen zu berichten. Dieser Bitte wurde entsprochen.

Der Evaluationsausschuss des Wissenschaftsrats hat auf der Grundlage dieses Umsetzungsberichts am 17. und 18. März 2025 eine Stellungnahme erarbeitet.

Der Wissenschaftsrat hat die vorliegende Stellungnahme am 9. Mai 2025 in Mainz verabschiedet.

A. Zusammenfassung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats

In seiner Stellungnahme vom 21. Januar 2022 würdigte der Wissenschaftsrat die Entwicklung des Deutschen Biomasseforschungszentrums gemeinnützige GmbH (DBFZ), Leipzig, zu einer renommierten, ressortübergreifend aufgestellten Forschungs-, Dienstleistungs- und Beratungseinrichtung im Bereich der Biomasseforschung. Die bearbeiteten Fragestellungen seien von großer Bedeutung für die nachhaltige und effiziente Nutzung von Biomasse und damit für ein zukünftiges kreislauforientiertes und biobasiertes Wirtschaftssystem. Dem DBFZ gelinge es überzeugend, sein komplexes Aufgabenportfolio auszubalancieren.

Zur Forschung

Das Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationskonzept des DBFZ sei kohärent, zukunftsorientiert ausgerichtet und berücksichtige den zu erwartenden Bedeutungsgewinn der stofflichen gegenüber der energetischen Nutzung von Biomasse. Auch die bereits eingeleitete Erweiterung der Forschungsgegenstände um urbane Biomassen sei angesichts der Flächenkonkurrenz beim Pflanzenanbau sinnvoll. Die anwendungsorientierte Forschung bilde den Schwerpunkt der vielfältigen Forschungsaktivitäten des DBFZ und sei von hoher Qualität. Darüber hinaus verfüge die Einrichtung mit der Kombination aus hervorragender infrastruktureller Ausstattung und umfassender Expertise auf den verschiedenen Teilgebieten der Biomasseforschung deutschlandweit über Alleinstellungsmerkmale.

Der Smart-Bioenergy-Ansatz, mit dem das DBFZ versuche, die verschiedenen Zielsetzungen und Zielkonflikte der Biomassenutzung – Ernährungssicherung, Versorgungssicherheit im Energiemix, Klima- und Umweltschutz sowie die Entwicklung ländlicher Räume – zu vereinen, sei vielversprechend und die Integration der Forschungsbereiche sowie -gruppen in diesen Ansatz solle vorangetrieben werden. Darüber hinaus empfahl der Wissenschaftsrat dem DBFZ, die sektorübergreifende Modellierung als Teil des Smart-Bioenergy-Ansatzes weiterzuverfolgen, um sowohl Konkurrenzen durch alternative Nutzungsmöglich-

keiten von Biomasse als auch Wirkungen von Biomassenutzung auf Biodiversität, Ökosysteme und Emissionen in Potenzialabschätzungen umfassend abbilden zu können.

Die Qualität der Publikationen bewertete der Wissenschaftsrat als ganz überwiegend sehr gut. Ebenso positiv schätzte er den gestiegenen Anteil referierter sowie von Open-Access-Publikationen ein. Gleichwohl sei die Anzahl der Veröffentlichungen in hochrangigen, internationalen Fachzeitschriften angesichts der gesellschaftlichen Relevanz der bearbeiteten Themen noch ausbaufähig. Das große Engagement der Mitarbeitenden des DBFZ in einschlägigen Richtlinienausschüssen und Normungsgremien begrüßte der Wissenschaftsrat.

Der Wissenschaftsrat zeigte sich erfreut über die Erfolge des DBFZ im Bereich der Drittmittelinwerbung. Da der überwiegende Teil der Drittmittel jedoch weiterhin aus Förderprogrammen der im Aufsichtsrat des DBFZ vertretenen Bundesministerien | ¹ stamme, empfahl er der Einrichtung, ihre Drittmittelquellen in Kooperation mit geeigneten (hochschulischen) Partnerinnen und Partnern weiter zu diversifizieren. Darüber hinaus empfahl der Wissenschaftsrat dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zu prüfen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssten, um – analog zum Wissenschaftsfreiheitsgesetz – eine möglichst breite Antrags- und Förderfähigkeit des DBFZ zu gewährleisten.

Der Wissenschaftsrat lobte die Förderung von Forschenden in frühen Karrierephasen am DBFZ, sprach sich jedoch sowohl für eine bessere Anbindung der Promovierenden aus den Bereichen Verfahrenstechnik und Biotechnologie an einschlägige universitäre Institute aus als auch für eine stärkere Einbindung dieser Personengruppen in die praktische Versuchsdurchführung. Zudem empfahl er, die Förderung von Postdocs proaktiver zu gestalten und dabei Bemühungen um längerfristige Gastaufenthalte im Ausland stärker zu unterstützen.

In den wissenschaftsbasierten Dienstleistungen für das BMEL, weitere Bundes- und Landesministerien und die Wirtschaft sah der Wissenschaftsrat eine große Stärke des DBFZ. Dabei sei die Qualität und Effektivität der Politikberatung durch die Festlegung von Leitlinien sowie durch die proaktive Nutzung von Konsultationsprozessen zur Mitgestaltung von politischen Strategien, Gesetzen und Verordnungen weiter gesteigert worden. Größeres Gewicht solle – auch vor dem Hintergrund der nationalen Energiewende und der politischen Ziele zur Treibhausgasreduktion – der Wissenschaftskommunikation an eine breite Öffentlichkeit beigemessen werden. Bestrebungen des DBFZ, den Bereich der interaktiven Webapplikationen weiter auszubauen, unterstützte der Wissenschaftsrat.

| ¹ Der Aufsichtsrat des DBFZ besteht seit 2014 aus dem BMEL, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie dem sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (SMEKUL).

Darüber hinaus empfahl er der Einrichtung, geeignete Formate für die Unterstützung von Ausgründungen aus dem DBFZ zu entwickeln und diese systematisch in die Aktivitäten zur Förderung von Forschenden in frühen Karrierephasen zu integrieren.

Die Qualitätsmanagementprozesse innerhalb des DBFZ bezeichnete der Wissenschaftsrat sowohl im Bereich Forschung und Entwicklung als auch hinsichtlich der wissenschaftsbasierten Dienstleistungen als vorbildlich. Er regte an, den Forschungsbeirat zusätzlich auch in die Planung und Durchführung der jährlichen internen Audits einzubeziehen. Zudem solle bei der Besetzung des Beirats zukünftig auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet werden.

Der Wissenschaftsrat begrüßte die im Vergleich zur vorherigen Evaluation intensivere Einbindung des DBFZ in die Wissenschaftslandschaft und hob insbesondere die gemeinsamen Berufungen mit den Universitäten Leipzig und Rostock sowie die gemeinsame Besetzung einer Leitungsposition mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) positiv hervor. Das DBFZ solle die regionale Vernetzung mit anderen Forschungseinrichtungen aktiv weiter vorantreiben und die Bemühungen um gemeinsame Berufungen der Bereichsleitungen mit Hochschulen fortsetzen. Auch international sei das DBFZ ein angesehener Partner in Forschungsverbünden. Die angebahnte Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bzw. der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sei richtungsweisend, da die Forschungsergebnisse des DBFZ für die Biomassenutzung in Entwicklungs- und Schwellenländern von großer Bedeutung seien. Der Wissenschaftsrat empfahl dem BMEL, das DBFZ bei der Stärkung der Zusammenarbeit mit dem BMZ zu unterstützen.

Zu Organisation und Ausstattung

Der Wissenschaftsrat lobte die Effektivität und Effizienz der Abstimmungsprozesse zwischen dem DBFZ und dem BMEL. Angesichts des zu erwartenden Bedeutungsgewinns der stofflichen gegenüber der energetischen Nutzung von Biomasse empfahl er dem BMEL, die entsprechende Forschung am DBFZ organisatorisch und finanziell noch stärker zu unterstützen.

Die gewählte Rechtsform der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH) ermögliche dem DBFZ große rechtliche sowie wirtschaftliche Autonomie. Auch die Gremien- und Leitungsstruktur sei für eine Forschungs- und Beratungseinrichtung angemessen. Allerdings sollten – im Sinne einer transparenteren Organisationsstruktur – die Forschungsbereiche und Forschungsschwerpunkte klarer abgegrenzt werden.

Die finanzielle Ausstattung des DBFZ sei grundsätzlich gut, bestehe allerdings zu einem erheblichen Anteil aus Projektfördermitteln des BMEL. Dem BMEL wurde empfohlen zu prüfen, ob ein Teil dieser Mittel in institutionelle

Fördermittel umgewandelt werden könne. Die projektförmige Ausgestaltung und Finanzierung von Daueraufgaben sei nicht zweckmäßig, da Neubeantragungen Personalkapazitäten bänden, die somit nicht für Forschung und wissenschaftsbasierte Dienstleistungen zur Verfügung stünden. Positiv hervorzuheben seien hingegen Haushaltsflexibilisierung im Personal- und Sachkostenbereich. Dem BMEL wurde empfohlen, weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten im Investitionsbereich zu prüfen, insbesondere hinsichtlich der überjährigen Verfügbarkeit von Mitteln.

Trotz der zwischenzeitlichen und erfreulichen Anhebung der Obergrenze für unbefristete Dauerstellen am DBFZ sei der Anteil befristet besetzter, institutionell finanzierter Personalstellen weiterhin zu hoch. Der Wissenschaftsrat empfahl dem BMEL daher, die Obergrenze für unbefristete Dauerstellen mittelfristig von bisher 72 auf 100 Stellen (in Vollzeitäquivalenten; VZÄ) anzuheben. Dem DBFZ wurde zudem empfohlen, ein integriertes Personalentwicklungskonzept auszuarbeiten. Zentrale Elemente dieses Konzepts sollten Gleichstellungsmaßnahmen, die Förderung von Postdocs sowie transparente Kriterien für Entfristungen sein.

Die infrastrukturelle und versuchstechnische Ausstattung des DBFZ sei hervorragend. Neben den Forschenden des DBFZ sollten auch externe Forschende in die Entscheidungsprozesse hinsichtlich der Beschaffung investitionsintensiver Forschungsinfrastruktur einbezogen werden.

B. Zusammenfassung des Umsetzungsberichts

In seinem am 15. Januar 2025 eingereichten Umsetzungsbericht |² erklärt das BMEL, die DBFZ-Geschäftsführung, die Leitungen der Forschungsschwerpunkte sowie die wissenschaftlichen Stabsstellen hätten sich intern beraten und entsprechende Strategien für die Umsetzung der Empfehlungen entwickelt. Der Stand der Umsetzung sei je nach thematischem Bedarf dem Forschungsbeirat, dem DBFZ-Aufsichtsrat sowie dem zuständigen Fachreferat im BMEL präsentiert worden. Gemeinsam seien anschließend die weiteren Schritte der Umsetzung festgelegt worden.

Zur Forschung

Eine Stärke des DBFZ liege in der engen Zusammenarbeit sowie im Austausch der Forschungsschwerpunkte. Die schwerpunktübergreifende Kooperation solle daher zukünftig stärker in der Strategie des DBFZ verankert werden. Hierfür seien fünf zentrale, hausübergreifende Themen definiert worden: „Zukunftsszenarien“, „Digitalisierung“, „Wissenschaftskommunikation“, „Entwicklung von Verfahren und Technologien für biobasierte Produkte“ sowie „Hybride Konzepte“.

Die sektorübergreifende Optimierung der Biomassenutzung im deutschen Energiesystem werde durch das Forschungsvorhaben „Szenarien einer optimalen energetischen Biomassenutzung im Energiesystem (SoBio1)“ aufgegriffen. Hierfür seien Datenbanken zu Reststoff-Potenzialen sowie zu Technologien verbessert bzw. aufgebaut und mittel- sowie langfristige Szenarien entworfen und modelliert worden. Die weitergehende Modellierung zu energetischer und stofflicher Nutzung von Biomasse sei im Rahmen des SoBio2-Projekts ab 2023 auf den Weg gebracht worden. In einem nächsten Schritt solle nun eine Übersicht der verschiedenen Nutzungsansprüche an Biomasse erstellt werden.

| ² Bericht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Stellungnahme des Wissenschaftsrats zum Deutschen Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH (DBFZ), Leipzig, vom 21. Januar 2022 (Drs. 9475-22).

Das DBFZ habe sich seit der Evaluation durch den Wissenschaftsrat verstärkt und erfolgreich darum bemüht, Forschungs- und Entwicklungsergebnisse mit hoher gesellschaftlicher Relevanz in hochrangigen internationalen Fachzeitschriften zu publizieren. Gleichzeitig werde das Engagement der Mitarbeitenden in Ausschüssen und Gremien aufrechterhalten. Dies sei laut DBFZ mittelfristig jedoch nur bei gesicherter Finanzierung weiterhin möglich.

In den letzten drei Jahren sei das DBFZ vermehrt Kooperationen mit Hochschulen eingegangen, um interdisziplinäre Projekte zu entwickeln und weitere Fördermöglichkeiten zu erschließen. Dabei sei es der Einrichtung gelungen, als Teil eines Konsortiums Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für das Projekt FAIRagro |³ einzuwerben, in dem auf Initiative der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur für Agrarwissenschaften (NFDI4Agri) ein faires Forschungsdatenmanagement für einen spezifischen Bereich der Agrarforschung entwickelt werde. Allerdings seien auch drei DFG-Anträge abgelehnt worden, wobei die Gutachtenden teilweise angemerkt hätten, dass die Finanzierung solcher Vorhaben über die Grundfinanzierung des DBFZ durch das BMEL abgedeckt sein sollte. Zudem stehe der praxisnahe Forschungsansatz des DBFZ regelmäßig im Widerspruch zu den Förderkriterien der DFG, die keine unmittelbare ökonomische Umsetzung bzw. Anwendung der Projektergebnisse unterstütze. Das DBFZ sei jedoch bestrebt, seine Ergebnisse zeitnah wirtschaftlich oder technisch nutzbar zu machen, etwa durch die Optimierung bestehender Prozesse oder die Entwicklung von neuen Verfahren. Aus diesem Grund seien Förderinstrumente des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) oder des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) aus Sicht des DBFZ oft besser geeignet.

Die Antragsfähigkeit des DBFZ, bspw. für Förderprojekte von Dienststellen der Europäischen Kommission, sei durch eine Anpassung des Zuwendungsschreibens aus dem Bundeshaushalt verbessert worden. Auch zwischen dem DBFZ und dem BMBF sowie den Sächsischen Staatsministerien für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) und für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (SMWK) fänden Gespräche zur prinzipiellen Antrags- bzw. Förderfähigkeit der Einrichtung statt. Um niedrigere Fördersätze bei einzelnen Drittmittelgebern zu vermeiden, strebe das DBFZ zudem eine Aufnahme in § 2 Wissenschaftsfreiheitsgesetz an, der den Geltungsbereich des Gesetzes regelt. |⁴

Zur besseren Anbindung der Promovierenden aus den Bereichen Verfahrenstechnik und Biotechnologie an einschlägige universitäre Institute sei in den vergangenen Jahren unter anderem die Zusammenarbeit mit entsprechenden Professuren der Technischen Universität Berlin ausgebaut worden. Zudem laufe aktuell ein Berufungsverfahren für eine W3-Professur im Bereich Klimaneutrale

| ³ FAIR = Findable, Accessible, Interoperable, Reusable.

| ⁴ Wissenschaftsfreiheitsgesetz vom 5. Dezember 2012 in der Fassung 19. Juni 2020.

biobasierte Wärmeverfahren; weitere gemeinsame Berufungen befänden sich in Planung. Darüber hinaus würden Promovierende aus den obengenannten Bereichen verstärkt in die praktische Versuchsdurchführung eingebunden.

Auch die Förderung von Postdocs am DBFZ sei ausgebaut worden. Seit 2020 sei das DBFZ Mitglied bei Young Entrepreneurs in Science (YES), um hochqualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern während oder kurz nach ihrer Promotion neue Karriere- und Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Postdocs, die eine wissenschaftliche Karriere anstrebten, würden zudem seitens des DBFZ dabei unterstützt, Erfahrung in der Hochschullehre zu sammeln. Auch die Unterstützung bei Bemühungen um längerfristige Gastaufenthalte im Ausland sei intensiviert worden. Ab dem Jahr 2025 solle das EU-Projekt „RISEnergy – Research Infrastructure für Renewable Energy“ gezielt für die Finanzierung und fachliche Betreuung von Forschenden des DBFZ im Rahmen von Auslandsaufenthalten genutzt werden.

Im Bereich der Webapplikationen seien verschiedenen Angebote – darunter Datenbanken, Webmaps sowie Dashboards – kontinuierlich weiterentwickelt worden. Als Open-Source-Anwendung im Rahmen des DBFZ-Datenlabors konzipiert, biete die vollständig überarbeitete Datenbank des DBFZ umfangreiche Informationen zu Einsatzstoffen für die energetische sowie stoffliche Nutzung von Biomasse. Zudem ließen sich anhand des Biomassepotenzialatlas die Entwicklungen und Potenziale einzelner Biomassen EU-weit bis ins Jahr 2010 zurückverfolgen.

Die Gründungssensibilisierung und -qualifizierung am DBFZ sei durch die Zusammenarbeit mit YES intensiviert worden. Zwei Mitarbeiterinnen verfügten über das Train-the-Trainer-Zertifikat von YES und führten regelmäßig eigene Workshops im DBFZ durch. Die Erstberatung von an Ausgründungen interessierten Mitarbeitenden erfolge durch die DBFZ-Stabsstelle „Koordination Wissens- & Technologietransfer“. Ressourcenbedingt würden diese im weiteren Verlauf an größere Transferstellen kooperierender Einrichtungen verwiesen, bspw. am UFZ oder – bei Promovierenden – an die entsprechenden Stellen der betreuenden Hochschulen.

In der Wissenschaftskommunikation habe sich die Arbeitsteilung zwischen dem DBFZ und der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) bewährt. Während die FNR grundsätzlich für die Bereitstellung von Informationen für die breite Öffentlichkeit zuständig sei, kommuniziere das DBFZ primär forschungsbasierte Informationen. Gleichwohl habe auch das DBFZ in den letzten Jahren vermehrt spezifische Informationen für eine breite Öffentlichkeit bereitgestellt, bspw. über Videoproduktionen, Online-Austauschformate, Aktionsprogramme, Fernsehinterviews oder Podcasts. Entsprechende Aktivitäten würden durch das Projekt „Wissenschaftskommunikation am DBFZ – WiFoPro“ unterstützt.

Der wissenschaftliche Beirat des DBFZ bestehe inzwischen aus fünf Frauen und sieben Männern; für die neue Besetzung ab 2028 werde ein Frauenanteil von 50 % angestrebt. Er berate die Einrichtung hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Ausrichtung und werde über die internen Audits informiert. Impulse des Beirats würden für die Weiterentwicklung des Managementsystems aufgenommen. Da der Fokus der internen Audits auf einer Überprüfung der Wirksamkeit des Qualitätsmanagementsystems liege und die Planung größtenteils durch die ISO-Norm 9001 vorgegeben werde, sei eine intensivere Einbindung des wissenschaftlichen Beirats nicht umsetzbar.

Die (regionale) Vernetzung mit anderen Forschungseinrichtungen werde vom DBFZ aktiv vorangetrieben. So sei das DBFZ bspw. Gründungsmitglied des miteldeutschen Netzwerks Bioeconomy e. V., beteilige sich am Lausitzer Zukunftsforum Landnutzung und arbeite im Netzwerk Energy Saxony mit. Auch seine internationalen Aktivitäten baue das DBFZ kontinuierlich aus. Insbesondere seien Forschende der Einrichtung intensiv in Arbeitsgruppen der International Energy Agency (IEA) Bioenergy aktiv, darunter sechs Personen als nationale Teamleader. Außerdem strebten das DBFZ und die GIZ an, ihre bisherige Kooperation, in deren Rahmen bislang 34 Projekte durchgeführt worden seien, zu einer sogenannten „strategischen Partnerschaft“ auszubauen. Dadurch könnte das DBFZ bereits zu einem früheren Zeitpunkt in die Projektplanung der GIZ einbezogen werden. Eine Aufnahme des BMZ in den Aufsichtsrat des DBFZ sei bislang nicht erfolgt.

Zu Organisation und Ausstattung

Angeichts der aktuellen Haushaltssituation seien alle Ressortforschungseinrichtungen im Geschäftsbereich des BMEL gebeten worden, Einsparpotenziale zu prüfen. Auch die Tarifierhöhungen im Jahr 2024 seien nicht durch den Bundeshaushalt ausgeglichen worden. Dadurch sowie durch die erforderlichen Einsparungen fehlten dem DBFZ nach eigener Einschätzung rd. 700 Tsd. Euro Personalmittel, die nötig sein, um ein Arbeitsvolumen wie im Jahr 2023 aufrecht erhalten zu können. Auch wenn die Tarifierhöhung für 2025 wieder ausgeglichen werde, schränke dies aus Sicht des DBFZ u. a. die Möglichkeiten zum Ausbau der Aktivitäten im Bereich der stofflichen Verwertung von Biomasse erheblich ein. Da sich die thematische Fokussierung der Förderprogramme der FNR von der energetischen hin zur stofflichen Nutzung von Biomasse verschoben hätten, sei hier jedoch zumindest eine mögliche Förderquelle für entsprechende Projekte vorhanden.

Wie vom Wissenschaftsrat empfohlen, habe das BMEL geprüft, ob ein Teil seiner Projektfördermittel für das DBFZ in institutionelle Fördermittel umgewandelt werden könnten. Dies sei – auch aufgrund der Haushaltslage – mittelfristig nicht möglich. Um der Empfehlung dennoch nachzukommen, solle die Antragstellung bei der FNR vereinfacht und beschleunigt werden. Im ersten Schritt sei

vorgesehen, zwei größere Projekte zu den übergreifenden Themen „Hybride Konzepte“ und „Entwicklung von Verfahren und Technologien für biobasierte Produkte“ zusätzlich zu den regulären FNR-Projektanträgen als Inhouse-Aufträge vom BMEL über die FNR an das DBFZ zu vergeben. Flexibilisierungen im Bereich der Investitionsmittel seien derzeit nicht möglich.

Das DBFZ plane, sich in den nächsten beiden Jahren durch eine externe Strategieberatungen hinsichtlich seiner zukünftigen Positionierung in der Biomasseforschung aber auch mit Blick auf die interne Interaktion von Verwaltung und Wissenschaft sowie auf die Kommunikationskultur insgesamt unterstützen zu lassen. Ein besonderer Schwerpunkt solle dabei auf der Personalentwicklung liegen. Bereits im Jahr 2022 habe das DBFZ einen Gender Equality Plan erarbeitet, in dem konkrete Maßnahmen festgehalten worden sein. Die Anzahl der Arbeitsgruppenleiterinnen habe sich seitdem mehr als verdoppelt. Auch eine frühzeitige Vernetzung mit vielversprechenden Wissenschaftlerinnen in frühen Karrierephasen werde angestrebt und erfolge bspw. im Rahmen des Doktorandenkolloquiums „Bioenergy and Biobased Products“.

Wie vom Wissenschaftsrat empfohlen, sei die Obergrenze für unbefristete Dauerstellen am DBFZ seit 2023 auf insgesamt 100 VZÄ angehoben worden.

Die Einbeziehung externer Forschender in die Entscheidungsprozesse für die Beschaffung von investitionsintensiven Forschungsinfrastrukturen erfolge mit den beteiligten Partnerinnen und Partnern im Rahmen der jeweils geplanten Projekte. Gegebenenfalls werde dabei auch der Forschungsbeirat des DBFZ eingebunden. Aktuell werde ein Nachnutzungskonzept für die DBFZ-Pilotanlage für erneuerbares Methan erarbeitet, auch hier sei die Einbindung von Projektpartnerinnen und -partnern vorgesehen.

C. Stellungnahme

Der Wissenschaftsrat begrüßt, dass das BMEL und das DBFZ den Großteil seiner Empfehlungen aus dem Jahr 2022 umgesetzt haben.

Die Etablierung schwerpunktübergreifender Forschungsthemen ist ein sinnvoller Schritt, um das Forschungsprofil des DBFZ weiter zu schärfen. Die Einrichtung wird ermutigt, diesen Weg konsequent weiterzuverfolgen und in einem nächsten Schritt die einzelnen Forschungsschwerpunkte verstärkt in die übergreifenden Querschnittsthemen wie Digitalisierung und Wissenschaftskommunikation einzubinden. Ebenso positiv bewertet der Wissenschaftsrat die erfolgte Stärkung der sektorübergreifenden Modellierung am DBFZ. Ein gesamtheitliches Bild zur optimalen energetischen und stofflichen Biomassenutzung – unter Berücksichtigung von alternativen Nutzungsmöglichkeiten sowie von Auswirkungen auf Biodiversität, Ökosysteme und Emissionen – ist von großer Relevanz für die ressortübergreifende Politikberatung.

Die erfolgreichen Bemühungen des DBFZ um vermehrte Veröffentlichungen in hochrangigen internationalen Fachzeitschriften sind nicht nur ein Ausweis für die Qualität seiner Forschungsleistungen, sondern tragen auch zur Sichtbarkeit des DBFZ in der Wissenschaftslandschaft bei. Der Wissenschaftsrat ermutigt das DBFZ daher, diese Bemühungen fortzuführen. Des Weiteren bekräftigt er seine Empfehlung an die Einrichtung, die Quellen ihrer kompetitiv eingeworbenen Drittmittel auf Landes-, Bundes sowie EU-Ebene in Kooperation mit geeigneten (hochschulischen) Partnerinnen und Partnern weiter zu diversifizieren und sich dabei auf größere Verbundprojekte zu konzentrieren.

Hinsichtlich der Antrags- bzw. Förderfähigkeit des DBFZ sind erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Eine Aufnahme des DBFZ in § 2 Wissenschaftsfreiheitsgesetz, der den Geltungsbereich dieses Gesetzes regelt, würde eine noch breitere Antrags- und Förderfähigkeit gewährleisten und wird vor diesem Hintergrund nachdrücklich unterstützt.

Insbesondere angesichts der Anwendungsorientierung des DBFZ ist die beachtliche Präsenz von Forschenden der Einrichtung in einschlägigen Richtlinienausschüssen und Normungsgremien sinnvoll und wichtig. Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem BMEL, das DBFZ darin zu unterstützen, dieses Niveau auch zukünftig beibehalten zu können.

Die Anbindung der Promovierenden aus den Bereichen Verfahrenstechnik und Biotechnologie an einschlägige universitäre Institute hat sich inzwischen ebenso verbessert wie die Einbindung dieser Personengruppen in die praktische Versuchsdurchführung. Ebenso positiv sieht der Wissenschaftsrat die intensivierte Förderung von Postdocs am DBFZ. Hierfür bietet auch die Mitgliedschaft bei YES gute Möglichkeiten. Zugleich verbessert sie die Bedingungen, um den vom Wissenschaftsrat empfohlenen Ausbau von Ausgründungen aus dem DBFZ voranzutreiben.

Angesichts der hohen gesellschaftlichen Relevanz des am DBFZ bearbeiteten Forschungsfeldes zeigt sich der Wissenschaftsrat erfreut über die Bemühungen der Einrichtung, vermehrt forschungsbasierte Informationen für die breite Öffentlichkeit bereitzustellen.

Die in der vorangegangenen Evaluation festgestellte, positive Entwicklung hinsichtlich der wissenschaftlichen Vernetzung des DBFZ hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt. Der Wissenschaftsrat begrüßt insbesondere die stärkere regionale Vernetzung, die sich an der Einbindung in verschiedene Netzwerke zeigt. Ebenso positiv bewertet er den Ausbau der internationalen Aktivitäten des DBFZ. Dies gilt – angesichts der Bedeutung der Forschungsergebnisse für die Biomassenutzung in Entwicklungs- und Schwellenländern – insbesondere für die Zusammenarbeit mit der GIZ. Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem BMEL vor diesem Hintergrund erneut, das DBFZ bei der Stärkung der Zusammenarbeit mit dem BMZ zu unterstützen.

Der Wissenschaftsrat befürwortet das Vorhaben des DBFZ, sich – unter Einbeziehung einer externen Strategieberatung – mit seinen internen Strukturen auseinanderzusetzen. Eine transparente Organisationsstruktur, auch im Hinblick auf die Abgrenzung der Forschungsschwerpunkte und -bereiche, ist nicht nur für die internen Informationsflüsse zentral, sondern auch für die Außenkommunikation der Einrichtung. Die systematischen Bestrebungen zur Verbesserung der Gleichstellung am DBFZ, die bereits Erfolge zeigen, werden ebenso begrüßt wie die angestrebte, paritätische Besetzung des wissenschaftlichen Beirats. Gleichwohl empfiehlt der Wissenschaftsrat dem DBFZ erneut, ein übergreifendes Personalentwicklungskonzept zu etablieren. In dieses Konzept sollten die Gleichstellungsmaßnahmen integriert werden, es sollte sich aber nicht auf diese beschränken.

In Anbetracht der finanziellen Einschnitte am DBFZ appelliert der Wissenschaftsrat eindringlich an das BMEL, in enger Abstimmung mit der Einrichtung eine geeignete Lösung zu finden, um die Kontinuität der wissenschaftlichen Arbeit und eine gleichbleibend hohe Qualität der wissenschaftsbasierten Politikberatung sicherzustellen.

Der Wissenschaftsrat begrüßt die inzwischen erfolgte Anhebung der Obergrenze für unbefristete Dauerstellen auf 100 VZÄ nachdrücklich. Sie ist aus

seiner Sicht ein wichtiger Schritt für das DBFZ, um langfristig hochqualifiziertes Personal gewinnen und halten zu können.

Die geplante Vereinfachung der Antragsstellung bei der FNR sowie die unmittelbare Lösung, zwei zusätzliche Projekte über die FNR als Inhouse-Aufträge an das DBFZ zu vergeben, sind grundsätzlich zu begrüßen. Gleichwohl sollte dieser Weg nicht zur Finanzierung von Daueraufgaben verwendet werden, deren projektförmige Ausgestaltung der Wissenschaftsrat auch weiterhin nicht für zweckmäßig erachtet. Er empfiehlt dem BMEL daher abermals nachdrücklich, einen Teil der Projektmittel in institutionelle Fördermittel umzuwandeln, sobald die Haushaltslage dies zulässt. Er erneuert zudem seine Empfehlung, analog zu den begrüßenswerten Flexibilisierungen im Personal- und Sachkostenbereich, weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten im Investitionsbereich zu prüfen, primär hinsichtlich der überjährigen Verfügbarkeit von Mitteln.

Die projektbasierte Einbeziehung externer Forschender in die Entscheidungsprozesse für die Beschaffung von Forschungsinfrastrukturen ist sinnvoll. Allerdings sollten bei der Beschaffung von investitionsintensiver Forschungsinfrastruktur grundsätzlich weitere nationale und internationale Forschungseinrichtungen aus dem Fachbereich einbezogen werden, um eine möglichst breite (Nach-)Nutzbarkeit zu gewährleisten und Redundanzen zu vermeiden.

BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMDV	Bundesministerium für Digitales und Verkehr
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DBFZ	Deutsches Biomasseforschungszentrum
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DOI	Digital Object Identifier
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein
FAIR	Findable, Accessible, Interoperable, Reusable
FNR	Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IEA	International Energy Agency
ISO	International Organization for Standardization
NFDI4Agri	Nationale Forschungsdateninfrastruktur für Agrarwissenschaften
RISEnergy	Research Infrastructure für Renewable Energy
SMEKUL	Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
SMWA	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
SMWK	Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
SoBio1	Szenarien einer optimalen energetischen Biomassenutzung im Energiesystem

20	UFZ	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung
	VZÄ	Vollzeitäquivalent
	WR	Wissenschaftsrat
	YES	Young Entrepreneurs in Science

Mitwirkende

Im Folgenden werden die an den Beratungen im Wissenschaftsrat und im Evaluationsausschuss sowie die am Entstehungsprozess beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle aufgelistet.

Hinsichtlich der Arbeitsweise des Wissenschaftsrats ist zu beachten, dass bei Evaluationen von Einrichtungen bzw. institutionellen Akkreditierungen die von den Ausschüssen erarbeiteten Entwürfe der wissenschaftspolitischen Stellungnahmen in den Kommissionen des Wissenschaftsrats diskutiert und ggf. verändert werden. Im Ergebnis ist damit der Wissenschaftsrat Autor der veröffentlichten Stellungnahme.

Evaluationen von Einrichtungen bzw. institutionelle Akkreditierungen werden den Gepflogenheiten des Wissenschaftsrats entsprechend in Form eines zweistufigen Verfahrens durchgeführt, das zwischen fachlicher Begutachtung und wissenschaftspolitischer Stellungnahme unterscheidet: Die Ergebnisse der fachlichen Begutachtung können nach Verabschiedung durch die Bewertungsgruppe auf den nachfolgenden Stufen des Verfahrens nicht mehr verändert werden. Der zuständige Ausschuss erarbeitet auf der Grundlage des fachlichen Bewertungsberichts den Entwurf einer wissenschaftspolitischen Stellungnahme, bezieht dabei übergreifende und vergleichende Gesichtspunkte ein und fasst die aus seiner Sicht wichtigsten Empfehlungen zusammen.

Vorsitzender

Professor Dr. Wolfgang Wick
Universitätsklinikum Heidelberg | Deutsches Krebsforschungszentrum
Heidelberg (DKFZ)

Generalsekretär

Thomas May
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats

Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats

Professorin Dr. Jutta Allmendinger
Humboldt-Universität zu Berlin | Freie Universität zu Berlin

Professorin Dr. Julia C. Arlinghaus
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg | Fraunhofer-Institut
für Fabrikbetrieb und -automatisierung IFF, Magdeburg
Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission

Professorin Dr. Liane G. Benning
Freie Universität Berlin | Deutsches GeoForschungsZentrum (GFZ) Potsdam

Dr. Ulrich A. K. Betz
Merck KGaA

Professor Dr. Folkmar Bornemann
Technische Universität München

Professorin Dr. Eva-Lotta Brakemeier
Universität Greifswald

Dr. Alena Michaela Buyx
Technische Universität München

Professorin Dr. Petra Dersch
Universität Münster

Professorin Dr. Nina Dethloff
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Professor Dr. Jakob Edler
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI |
Manchester Institute of Innovation Research

Professor Dr. Christian Facchi
Technische Hochschule Ingolstadt

Professorin Dr. Christine Falk
Medizinische Hochschule Hannover

Professorin Dr. Uta Gaidys
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Professor Dr. Michael Hallek
Universität zu Köln

Dr.-Ing. Frank Heinrich

Professor Dr. Frank Kalter
Universität Mannheim | Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrations-
forschung (DeZIM) e. V.

Dr. Stefan Kampmann
Unternehmensberater, Knetzgau

Professor Dr. Wolfgang Lehner
Technische Universität Dresden

Professorin Dr. Anne Lequy
Hochschule Magdeburg-Stendal

Andrea Martin
IBM DACH

Professorin Dr. Gabriele Metzler
Humboldt-Universität zu Berlin

Professorin Dr. Friederike Pannewick
Philipps-Universität Marburg

Professorin Dr. Ursula Rao
Max-Planck-Institut für Ethnologische Forschung, Halle |
Universität Leipzig

Professorin Dr. Gabriele Sadowski
Technische Universität Dortmund

Professor Dr. Ferdi Schüth
Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Mülheim/Ruhr
Stellvertretender Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission

Dr. Harald Schwager
EVONIK Leading Beyond Chemistry

Professorin Dr. Christine Silberhorn
Universität Paderborn

Professor Dr. Thomas S. Spengler
Technische Universität Braunschweig

Professorin Dr. Birgit Spinath
Universität Heidelberg

Professor Dr. Klement Tockner
Goethe-Universität Frankfurt am Main | Senckenberg Gesellschaft für Natur-
forschung Frankfurt

Professor Dr. Wolfgang Wick
Universitätsklinikum Heidelberg | Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ)
Vorsitzender des Wissenschaftsrats

Professor Dr. Oliver Zielinski
Universität Rostock | Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde

Verwaltungskommission (Stand: Mai 2025)

Von der Bundesregierung entsandte Mitglieder

N. N.
Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt

N. N.
Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt

N. N.
Bundesministerium der Finanzen

N. N.
Bundesministerium des Innern

N. N.
Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

N. N.
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Von den Länderregierungen entsandte Mitglieder

Baden-Württemberg

Petra Olschowski
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bayern

Markus Blume
Staatsminister für Wissenschaft und Kunst
Vorsitzender der Verwaltungskommission

Berlin

Dr. Ina Czyborra

Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

Brandenburg

Dr. Manja Schüle

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Bremen

Kathrin Moosdorf

Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Hamburg

Dr. Andreas Dressel

Präses der Behörde für Finanzen und Bezirke

Hessen

Timon Gremmels

Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur

Mecklenburg-Vorpommern

Bettina Martin

Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten

Niedersachsen

Falko Mohrs

Minister für Wissenschaft und Kultur

Nordrhein-Westfalen

Ina Brandes

Ministerin für Kultur und Wissenschaft

Rheinland-Pfalz

Clemens Hoch

Minister für Wissenschaft und Gesundheit

Saarland

Jakob von Weizsäcker

Minister für Finanzen und Wissenschaft

Sebastian Gemkow

Staatsminister für Wissenschaft im Staatsministerium für Wissenschaft,
Kultur und Tourismus

Sachsen-Anhalt

Professor Dr. Armin Willingmann

Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt
Stellvertretender Vorsitzender der Verwaltungskommission

Schleswig-Holstein

Dr. Dorit Stenke

Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Thüringen

Christian Tischner

Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Professorin Dr. Julia C. Arlinghaus

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg | Fraunhofer-Institut
für Fabrikbetrieb und -automatisierung IFF, Magdeburg

Vorsitzende des Evaluationsausschusses

Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats

Professor Dr. Oliver Speck

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Stellvertretender Vorsitzender des Evaluationsausschusses

Professor Dr. Jan C. Aurich

Technische Universität Kaiserslautern

Professorin Dr. Anja Katrin Boßerhoff

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Professorin Dr. Christine Falk

Medizinische Hochschule Hannover

Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats

Professorin Dr. Simone Fulda

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Professorin Dr. Petra Gehring

Technische Universität Darmstadt

Ministerialdirigentin Dr. Babett Gläser

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Professor Dr. Caspar Hirschi

Universität St. Gallen, Schweiz

Dr. Stefan Kampmann

Unternehmensberater, Knetzgau

Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats

Professorin Dr. Gudrun Krämer

Freie Universität Berlin

Professorin Dr. Sabine Maasen

Universität Hamburg

Professorin Dr. Ursula Münch

Akademie für Politische Bildung Tutzing

Professorin Dr. Ursula Rao

Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle |
Universität Leipzig

Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats

Ministerialrätin Esther Seng

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Professorin Dr. Christine Silberhorn

Universität Paderborn

Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats

Ministerialdirigent Dr. Stefan Stupp

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(vormals Bundesministerium für Bildung und Forschung)

Professor Dr. Klement Tockner

Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, Frankfurt a. M.

Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats

Professor Dr. Oliver Zielinski

Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde, Rostock

Ministerialrätin Dr. Carola Zimmermann

Ministerium für Gesundheit und Wissenschaft Rheinland-Pfalz

Gästin

Ministerialdirigentin Inga Schäfer

Generalsekretärin der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz
(GWK)

Dr. Tobias Föll (Referent)

Dr. Silvana Galassi (Abteilungsleiterin)

Dr. Eva Maria Werner (stellvertretende Abteilungsleiterin)